

Nr. 5351 IJ

II-11254 der Beifagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1993-09-24

## Anfrage

der Abgeordneten Dr. Gaigg  
und Kollegen  
an den Herrn Bundesminister für Justiz  
betreffend Privatisierung von Schreibarbeiten an Gerichten

Aus einem Zeitungsbericht der Presse vom 17. Juli 1993 kann man entnehmen, daß es im Bereich des Arbeits- und Sozialgerichtshofes Wien durch die Einschaltung einer privaten Schreibfirma zur kompletten Aufarbeitung der Aktenrückstände gekommen ist. Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte klagen österreichweit aber schon seit Jahren über die extrem langen Urteilsausfertigungszeiten durch die zuständigen Schreibstellen der Gerichte. Auch durch die Einstellung von zusätzlichen Schreibkräften konnten die Aktenrückstände nicht sonderlich reduziert werden.

Eine Ausweitung der Privatisierung der Schreibarbeiten auf alle Gerichte in den vier OLG Sprengeln Österreichs könnte das Problem der Aktenrückstände sicherlich in angemessener Zeit lösen. Daher richten die gefertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Justiz die folgende

## Anfrage:

- 1) Sind Ihnen diese Erfolge der Aktenrückstandsbesetzung im Bereich des Arbeits- und Sozialgerichts Wien bekannt?
- 2) Wird dieser "Probefbetrieb", nach Muster des Arbeits- und Sozialgerichts Wien, auch an anderen Gerichtshöfen in Österreich getestet?
- 3) Ist es geplant, diese "Privatisierung" von Schreibarbeiten auf die anderen Gerichte der vier OLG Sprengeln auszuweiten?
- 4) Wurden bereits andere Maßnahmen, außer der oben beschriebenen gesetzt, um die Aktenrückstände zu beseitigen?
- 5) Gibt es bereits Kostenvergleiche, pro geschriebener Seite, zwischen der privaten Schreibfirma und einer Justizschreibkraft?
- 6) Wie hoch sind die Kosten einer geschriebenen Seite bei einer privaten Schreibfirma und einer Justizschreibkraft?